

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Jutta Krellmann, Klaus Ernst, Sabine Zimmermann (Zwickau), Diana Golze, Susanna Karawanskij, Ralph Lenkert, Cornelia Möhring, Dr. Sahra Wagenknecht, Jörn Wunderlich und der Fraktion DIE LINKE.

Atypische Arbeitszeiten in Deutschland

In den vergangenen Jahren gab es eine Reihe von Untersuchungen, die eine zunehmende Entgrenzung von Arbeit festgestellt haben (DGB 2012: Arbeitshetze, Arbeitsintensivierung, Entgrenzung; Fehlzeitenreport der AOK; etc.). Atypische Arbeitszeiten wie Wochenend-, Nacht- oder Schichtarbeit haben zugenommen.

Die Gestaltung der Arbeitszeit ist ein wichtiges Element zur Beurteilung der Qualität von Arbeit. Die Zunahme von atypischen Arbeitszeiten steht dem Ziel, mehr gute Arbeit zu schaffen, entgegen. Mehr atypische Arbeitszeiten können zu mehr gesundheitlichen Beeinträchtigungen bei den betroffenen Beschäftigten führen. Insbesondere psychische Erkrankungen haben in den vergangenen Jahren enorm zugenommen. Atypische Arbeitszeiten erschweren aber auch die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie sich die atypischen Arbeitszeiten in der jüngsten Vergangenheit entwickelt haben (Anmerkung: Sollten bereits Zahlen für das Jahr 2013 vorliegen, bitten wir darum, auch diese anzuführen).

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie viele bezahlte Überstunden wurden nach Kenntnis der Bundesregierung im Jahr 2012 geleistet, und wie stellt sich diese Zahl im Vergleich zum Vorjahreswert dar (bitte nach Geschlecht und nach Bundesländern differenzieren)?

Wie vielen Vollzeitäquivalenten entspricht die Zahl der bezahlten Überstunden?

2. Wie viele unbezahlte Überstunden wurden nach Kenntnis der Bundesregierung im Jahr 2012 geleistet, und wie stellt sich diese Zahl im Vergleich zum Vorjahreswert dar (bitte nach Geschlecht und nach Bundesländern differenzieren)?

Wie vielen Vollzeitäquivalenten entspricht die Zahl der unbezahlten Überstunden?

3. Wie viel Mehrarbeit wurde nach Kenntnis der Bundesregierung im Rahmen flexibler Arbeitszeitmodelle in den Jahren 2011 und 2012 geleistet, und wie vielen Vollzeitäquivalenten entspricht diese Mehrarbeit jeweils (falls möglich bitte nach Geschlecht und nach Bundesländern differenzieren)?

4. Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Anteil der bezahlten und unbezahlten Überstunden am gesamtwirtschaftlichen Arbeitszeitvolumen seit dem Jahr 2010 (bitte für jedes Jahr einzeln darstellen)?
5. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung das gesamtwirtschaftliche Arbeitszeitvolumen seit dem Jahr 2000 entwickelt (bitte sowohl die absoluten Zahlen als auch die jährlichen Veränderungsraten darstellen)?
6. Wie viele Beschäftigte haben nach Kenntnis der Bundesregierung flexible Arbeitszeiten, und wie viele ein starres Arbeitszeitmodell (bitte sowohl in absoluten Zahlen als auch als Anteil an allen Beschäftigten angeben, sowohl nach Geschlecht und Bundesländern differenzieren)?

Wie haben sich diese Zahlen in den vergangenen zehn Jahren entwickelt?

7. Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, inwiefern flexible Arbeitszeitmodelle auf den Wunsch der Beschäftigten oder auf Anforderungen des Arbeitgebers zurückgehen?
8. Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, in welchem Umfang flexible Arbeitszeitmodelle für die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben und in welchem Umfang für betriebliche Erfordernisse genutzt werden?
9. Welche Debatten bzw. Vorschläge sind der Bundesregierung bekannt, um für die Beschäftigten mehr Zeitsouveränität und eine selbstbestimmtere Planung der Arbeitszeit zu ermöglichen?

Welche Rolle spielen bei diesen Vorschlägen betriebliche Interessenvertretungen oder Tarifverträge?

Welche eigenen Vorschläge hat die Bundesregierung für mehr Zeitsouveränität?

10. Wie viele Beschäftigte hatten nach Kenntnis der Bundesregierung im Jahr 2012 regelmäßig überlange Arbeitszeiten von mehr als 48 Stunden pro Woche, und wie stellt sich dieser Wert im Vergleich zum Vorjahr und zu den Werten der Jahre 1992 und 2002 dar (bitte in absoluten Zahlen sowie als Anteil an allen Beschäftigten darstellen und nach Geschlecht und Bundesländern differenzieren)?
11. Wie viele Beschäftigte haben nach Kenntnis der Bundesregierung im Jahr 2012 am Wochenende gearbeitet, und wie stellt sich dieser Wert im Vergleich zum Vorjahr und zu den Werten der Jahre 1992 und 2002 dar (bitte in absoluten Zahlen sowie als Anteil an allen Beschäftigten darstellen und nach Geschlecht und nach Bundesländern differenzieren)?
12. Wie viele Beschäftigte haben nach Kenntnis der Bundesregierung im Jahr 2012 regelmäßig an Sonn- und Feiertagen gearbeitet, und wie stellt sich dieser Wert im Vergleich zum Vorjahr und zu den Werten der Jahre 1992 und 2002 dar (bitte in absoluten Zahlen sowie als Anteil an allen Beschäftigten darstellen und nach Geschlecht und nach Bundesländern differenzieren)?
13. Welche sind nach Kenntnis der Bundesregierung die fünf Branchen mit den pro Jahr meisten Sonn- und Feiertagen, an denen gearbeitet wird?
Welche sind die fünf Branchen, die den höchsten Anteil an Beschäftigten haben, die regelmäßig an Sonn- und Feiertagen haben?
Welche sind die fünf Branchen, die in absoluten Zahlen die meisten Beschäftigten haben, die regelmäßig an Sonn- und Feiertagen arbeiten?

14. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung zur Stärkung des Sonntagschutzes?
15. Wie viele Beschäftigte haben nach Kenntnis der Bundesregierung im Jahr 2012 regelmäßig am Abend (18 bis 23 Uhr) oder in der Nacht (23 bis 6 Uhr) gearbeitet, und wie stellen sich diese Werte im Vergleich zum Vorjahr und zu den Werten der Jahre 1992 und 2002 dar (bitte in absoluten Zahlen sowie als Anteil an allen Beschäftigten darstellen und nach Geschlecht und nach Bundesländern differenzieren)?
16. Wie viele Beschäftigte haben nach Kenntnis der Bundesregierung im Jahr 2012 in Schichtmodellen gearbeitet, und wie stellt sich dieser Wert im Vergleich zum Vorjahr und zu den Werten der Jahre 1992 und 2002 dar (bitte in absoluten Zahlen sowie als Anteil an allen Beschäftigten darstellen und nach Geschlecht und nach Bundesländern differenzieren)?
17. Liegen der Bundesregierung neuere Erkenntnisse über die Auswirkungen von atypischen Arbeitszeiten, und insbesondere über die
 - a) Auswirkungen von Überstunden,
 - b) Auswirkungen von flexiblen Arbeitszeitmodellen,
 - c) Auswirkungen von überlangen Arbeitszeiten,
 - d) Auswirkungen von Schichtarbeit,
 - e) Auswirkungen von Wochenendarbeit,
 - f) Auswirkungen von Nacht- und Abendarbeit auf die Gesundheit (sowohl physisch als auch psychisch) vor?Welche Untersuchungen gibt es hierzu jeweils, und zu welchen Ergebnissen kommen sie?
18. Liegen der Bundesregierung zwischenzeitlich Erkenntnisse über das Ausmaß und die Auswirkungen von „ständiger Erreichbarkeit“ vor?
Wenn ja, welche, und welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung daraus?
19. Sieht die Bundesregierung Handlungsbedarf hinsichtlich der Begrenzung von atypischen Arbeitszeiten oder Erreichbarkeitsanforderungen?
Wenn ja, welche Schritte plant sie?
20. Wie haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung Zahl und Anteil der Beschäftigten, deren Arbeitsweg täglich für eine Strecke länger als 30, 60 oder mehr als 60 Minuten dauert, in den vergangenen zehn Jahren entwickelt (bitte nach Geschlecht und Bundesländern differenzieren)?
21. Welche neueren Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über den Zusammenhang von langen Arbeitswegen und psychischen Belastungen vor?
Welche neueren Untersuchungen gibt es hierzu, und zu welchen Ergebnissen kommen sie?
22. Wie viel Personal stand nach Kenntnis der Bundesregierung den Aufsichtsbehörden für die Kontrolle der Einhaltung des Arbeitszeitgesetzes im Jahr 2012 zur Verfügung, und wie stellt sich diese Zahl im Vergleich zum Vorjahr und zu den Jahren 1992 und 2002 dar?
Wie viele Kontrollen wurden in den genannten Jahren jeweils durchgeführt (bitte nach Bundesländern differenzieren)?
23. Wie viele Verstöße gegen das Arbeitszeitgesetz konnten nach Kenntnis der Bundesregierung im Jahr 2012 aufgedeckt werden, und wie stellt sich dieser Wert im Vergleich zum Vorjahr sowie zu den Jahren 1992 und 2002 dar?

Wie wurden diese Verstöße geahndet (bitte nach Bundesländern differenzieren)?

24. Hat die Bundesregierung Kenntnis über Planungen, zukünftig mehr Personal bei den Aufsichtsbehörden zur Kontrolle der Einhaltung der Arbeitsschutzgesetze einzusetzen?

Wenn ja, in welchem Umfang sind Aufstockungen geplant?

Berlin, den 25. März 2014

Dr. Gregor Gysi und Fraktion